

Trotz Giesskannenprinzip: Stimmvolk will Rentner entlasten

Das Verdikt der Stimmbürger ist klar: Pensionäre sollen stärker unterstützt werden – unabhängig von ihren finanziellen Verhältnissen.

Zweimal scheiterte der Vorstoss der Demokraten pro Liechtenstein (DpL) im Landtag. Vor dem Volk fand die Initiative der Oppositionspartei aber eine deutliche Mehrheit: 63,9 Prozent der Liechtensteiner Bürger stimmten dafür, dass die Rentner von der Krankenkassen-Franchise befreit werden. Ab kommenden Jahr sind sie von der Kostenbeteiligung von jährlich 500 Franken im Krankheitsfall befreit. Den Staat wird diese Massnahme jährlich etwa 3,5 Millionen Franken kosten.

Ob der Klarheit des Abstimmungsausgangs herrschte gestern freudige Stimmung bei den Initianten. Dass ihre Initiative bei neun von elf Gemeinden über 60 Prozent Zustimmung erhielt, ist für DpL-Präsident Thomas Rehak ein «hervorragendes Resultat». Er räumte ein: «Mit so einem klaren Ergebnis haben wir nicht gerechnet.»

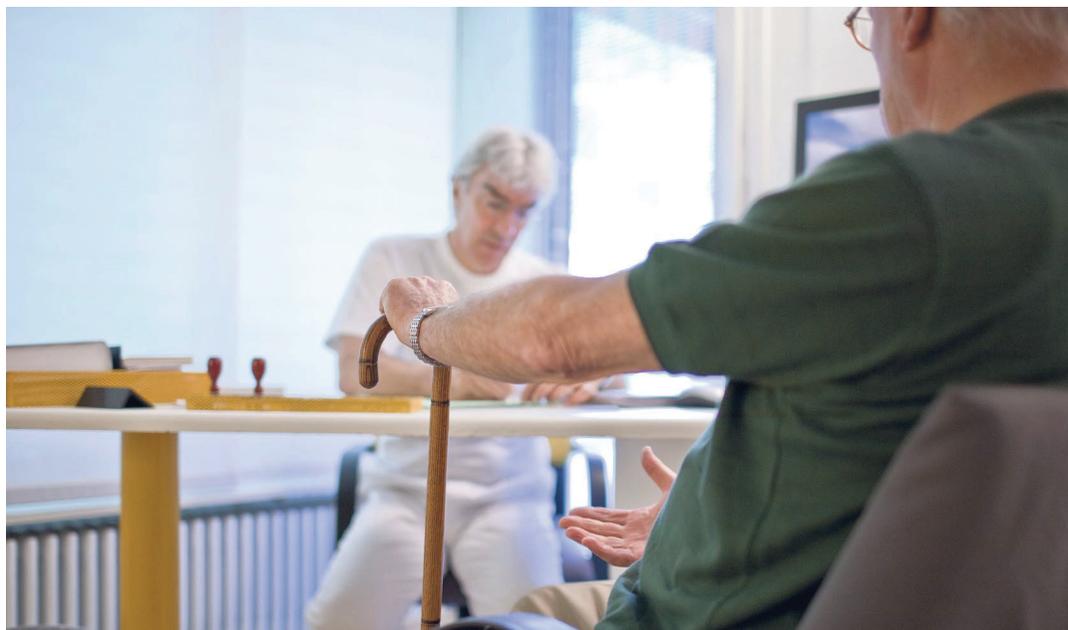
Nur bei Hundegesetz war Beteiligung noch tiefer

Völlig überraschend kommt der Abstimmungssieg nicht. Bereits im Vorfeld gab es deutliche Anzeichen, dass es auf ein Ja herauslaufen wird. So zählt die

Zielgruppe der Initiative – die über 65-Jährigen – zu den fleissigsten Urnengängern. Und die Personen über 50 Jahre stellen 52 Prozent der Stimmberechtigten des Landes. Bei jenen, die nicht direkt von der Vorlage betroffen sind – die jüngeren Generationen – schien das Thema hingegen nur auf geringes Interesse zu stossen. Dafür spricht der laue Abstimmungskampf im Vorfeld. Und auch die sehr niedrige Stimmbeteiligung von 60,9 Prozent legt diesen Schluss nahe: In den vergangenen 20 Jahren war nur bei der Abstimmung zum Hundegesetz 2006 die Beteiligung noch niedriger. Darauf angesprochen, meinte Thomas Rehak: «Wenn das Thema bei jüngeren Generationen nicht auf grosses Interesse stösst und Junge nicht abstimmen gehen wollen, gilt es das zu akzeptieren.»

Appell «Alter ist nicht gleich Bedürftigkeit» zog nicht

Für die Regierung sowie die beiden Regierungsparteien FBP und VU, die im Vorfeld der Abstimmung eine Nein-Parole ausgeben haben, ist das Resultat eine klare Niederlage. Das generische Lager kritisierte das



Franchise-Befreiung: Rentner können sich künftig bei Arztbesuchen 500 Franken sparen. Bild: Keystone

«Giesskannenprinzip» der Vorlage: Von der Franchise-Befreiung profitieren auch vermögendere Rentner, die grundsätzlich nicht auf diese Unterstützung angewiesen sind. Zudem warnen Regierung und Krankenkassenverband, dass die Beseitigung der Franchise zu einer Mengenausweitung führe. Und dies habe letztlich höhere Kran-

kenkassenprämien zur Folge. Aber weder der Appell «Alter ist nicht mit Bedürftigkeit gleichzusetzen» noch die Gefahr höherer Prämien mobilisierte in genügendem Masse.

In einem schriftlichen Statement erklärte Gesellschaftsminister Manuel Frick: «Ich bedauere, dass die Argumente der Regierung gegen eine Annahme

der Initiative eine Mehrheit der Bevölkerung nicht überzeugen konnten.» Er hoffe, die Umfrage des Liechtenstein-Instituts zeige auf, welche Argumente für die Initiative den Ausschlag gaben.

VU kritisiert Stillstand im Sozialbereich

In den Augen der VU ist das Ja zur Franchise-Befreiung «eine

Protestnote gegenüber dem weitgehenden Stillstand im Sozialbereich, der seit zehn Jahren herrscht», wie sie in einer Medienmitteilung schreibt. Mit Blick auf das von der FBP geführte Gesellschaftsministerium meint die Partei: «Die Erarbeitung wichtiger Grundlagen (Stichwort: Armutsbericht) wurde von den jeweiligen Ministern auf die lange Bank geschoben. Dementsprechend blieben auch Massnahmen aus.» Das Abstimmungsergebnis zeige, dass «die Bevölkerung die Geduld verliert». Darum fordert die VU das Gesellschaftsministerium zu «einem höheren Tempo» bei Fragen des Sozialbereichs auf.

Prämiensteigerung: «Nicht die Schuld der Rentner»

Nach dem Abstimmungssonntag bleibt die Frage, ob auf die Franchise-Befreiung für Rentner höhere Krankenkassenprämien für alle folgen. Zumindest Thomas Rehak ist sicher: «Die Prämien werden aus anderen Gründen steigen. Die Rentner sind nicht Schuld daran.» Denn bereits heute würde 90 Prozent der Rentner die Franchise voll ausschöpfen. (equ)